

Frankfurter Zukunftsrat fordert Hilfe für benachteiligte Kinder anstelle der Einführung des Betreuungsgeldes

Mit der Einführung des Betreuungsgeldes für Eltern, die ihre Kinder zu Hause erziehen, gefährdet man die Zukunft der Kinder aus bildungsfernen Familien. Statt in die Kita-Plätze zu investieren, belohnt der Staat dadurch Eltern, die öffentliche Bildung und Erziehung nicht in Anspruch nehmen.

Dabei ist der Ausbau von Kitas für die Frühförderung aller Kinder, vor allem der nichtdeutscher Herkunft, so notwendig, dass man dafür nicht nur auf das Betreuungsgeld verzichten sollte, es müssten vielmehr Transferleistungen für Eltern, wie das Kindergeld, moderat gekürzt werden – das würde für den Ausbau von Kitaplätzen schon ausreichen. Viele alleinerziehende oder berufstätige Mütter finden keine Kita oder können sie sich nicht leisten; Mütter aus bildungsfernen Schichten verwenden Kindergeld und in Zukunft das Betreuungsgeld leider häufig – das lehrt die bittere Erfahrung – nicht für die Bildung der Kinder, sondern für den Konsum.

Investitionen in Kitas, Kindergärten und Ganztagschulen wäre der Weg, auf die Veränderung der Familie zu reagieren, Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen und Kinderarmut zu senken. Dieses Ziel sollte wichtiger sein als Milliarden an Familien zu verteilen, die wohlhabend sind oder die das Geld mangels Bildung nicht für die Bildung ihrer Kinder verwenden. Im Übrigen werden sich wenige Frauen von einer Berufstätigkeit abhalten lassen, wenn sie 100 Euro Betreuungsgeld bekommen.

Die Thesen würden im Rahmen des Zukunftskreises „Erziehung und Bildung“ unter der Leitung von Dr. Bernhard Bueb erstellt.

Kontakt:

Frankfurter Zukunftsrat e. V.

Geleitsstraße 14

60599 Frankfurt am Main

Fon: 069-713 731 0

Fax: 069- 713 731 22

E-Mail: info@frankfurter-zukunftsrat.de